

# Revolution und Freiheit

Josef Pilvousek

Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen:

Seit 25 Jahren beschäftige ich mich mit der Kirchengeschichte der DDR,<sup>1</sup> anfangs im Auftrag der damals noch bestehenden AG Bischöfe- Region Ost und notgedrungen, heute aus wissenschaftlichem Interesse und dementsprechend gern.

Ich bekenne mich

- als „gelernten DDR-Bürger“, der weder stolz darauf ist, in der DDR gelebt zu haben, noch traurig, dass er in ihr leben musste;
- als katholischen Theologe, der zugegebenermaßen vorrangig theologische Fragestellungen vor soziologischen und politologischen favorisiert;
- als Kirchengeschichtler, also als Historiker, der die Geschichte der katholischen Kirche erforscht und in dieser Kirche mehr sieht als eine hierarchisch geleitete Institution.

Daraus ergibt sich für mich,

- dass ich die DDR und die katholische Kirche in der DDR als Lebensraum kenne,
- dass ich als Theologe historisch arbeite, also meine historisch eruierten Erkenntnisse in einen theologischen Kontext stelle und
- dass ich die Kirche, ihre Heilsvermittlung, ihre Verfassung und ihre Lebensäußerungen als Verstehenshorizont habe.

Dem an dieser Stelle möglichen Vorwurf, mit solchen Voraussetzungen könne man die Geschichte der DDR nicht objektiv erforschen, begegne ich mit der Tatsache, dass es überhaupt keine voraussetzungslose Wissenschaft gibt und: unter einer bestimmten Voraussetzung forschen heißt, eben nicht voreingenommen zu sein, sondern einen bestimmten Blickwinkel zu haben, der durchaus der Ergänzung durch andere Wissenschaften bedarf und sie postuliert.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf den Jahrestag selbst:

---

<sup>1</sup> Vgl zum Folgenden auch meine Beiträge: Josef Pilvousek, Bischofskonferenz, Bischöfe und die friedliche Revolution von 1989, in: ThG 52 (2009) 2, 94-104; Josef Pilvousek, Die Katholische Kirche und die Anfänge einer historischen Aufarbeitung 1990 bis 1996. Anmerkungen zu einem fortwährenden Prozess, in: KZG 2 (2009), 633-654; Josef Pilvousek, 20 Jahre danach. Geschichte und biografische Anmerkungen zu einem kirchlichen Wandlungsprozess, in: ThG 53/1 (2010), 52-60; Josef Pilvousek, Kirche in der DDR: Rückschau auf die Erfahrungen, in: Katholische Akademie in Berlin e.V. (Hg.), Josef Pilvousek, 20 Jahre Mauerfall. Katholische Kirche und Friedliche Revolution – Lernschritte und Bewährungsproben. Eine Dokumentation, o.O., 2010, 4-17.

Bei Jubiläen geht es nie allein darum, eine längst vergangene Vergangenheit präzise zu rekonstruieren, wie es Historiker machen. Jubiläen haben eine andere Aufgabe. Sie aktualisieren die Erinnerung für unsere Gegenwart. Anders formuliert heißt das: Jubiläen ermöglichen, in einem Modus an Geschichte zu erinnern, der die Vergangenheit für uns heute wiedererstehen lässt. Das wird auch meine Aufgabe sein: die Erinnerung zu aktualisieren für das Hier und Jetzt.

### **1. Von der „Wende“ zur „Revolution“. Eine reflektierenden Begriffsgeschichte**

Wie nennt man eigentlich korrekt das, was sich im Herbst 1989 ereignet hat? Inzwischen ist ja eine Vielzahl von Begriffen mit Deutungshoheit in Gebrauch. Manche haben auch die Tendenz zu verharmlosen und die Aktivsten des Herbstes 1989 oder das Ereignis selbst tiefer zu hängen. Aber, gibt es einen geeigneten Begriff?

Jeder gesellschaftliche Umbruch hinterlässt Spuren in der Sprache und den Begriffen seiner Zeit. Die Ereignisse des Jahres 1989 werden uns auf unterschiedlichste Weise und durch verschiedenartige Medien vor Augen geführt. Dabei sind durchaus Unschärfen in der Begriffsfindung und -verwendung auszumachen. Die Benennungen reichen von „Wende“, Umbruch und Mauerfall bis zur Revolution. So spricht man von protestantischer (Ehrhart Neubert), nachholender (Jürgen Habermas), volkseigener (Karl-Dieter Opp), abgetriebener (Michael Schneider) oder abgebrochener (Stefan Bollinger) Revolution.<sup>2</sup> Andere nennen sie friedliche Revolution oder Revolution der Kerzen. Ein evangelischer Kollege spricht wohl am zutreffendsten von friedlichem Umbruch<sup>3</sup>.

Schließlich ist zu bedenken, dass der Revolutionsbegriff im Herbst 1989 zunächst kaum eine Rolle spielte. Bürgerrechtler benutzten den Revolutionsbegriff lange nur in historischen Kontexten und Vergleichen.<sup>4</sup> Der tatsächliche Begriff „friedliche Revolution“ wurde erst am 10. November 1989 von Walter Momper gebraucht und dann allmählich zu einem gängigen Sprachduktus.

Aber, „War es überhaupt eine Revolution? Natürlich, sagen die einen. Das spätstalinistische System ist überwunden, die Staatssicherheit aufgelöst, durch freie Wahlen hat eine demokratische Regierung die totalitäre abgelöst. Das war ein revolutionärer Vorgang, was sonst? Nein,

---

<sup>2</sup> Peter Maser, Deutsche Protestanten haben noch niemals eine Revolution veranstaltet, in: Hans-Joachim Veen/Peter März/Franz-Josef Schlichting (Hgg.) Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989, Köln-Weimar-Wien 2009, 71-74, hier: 74

<sup>3</sup> Peter Maser, Deutsche Protestanten haben noch niemals eine Revolution veranstaltet, in: Hans-Joachim Veen/Peter März/Franz-Josef Schlichting (Hgg.) Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989, Köln-Weimar-Wien 2009, 71-74, hier: 71.

<sup>4</sup> Vgl. Bernd Lindner, Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ 66, 24-26 (10. Juni 2014), 33-39, hier 33.

es war keine Revolution, sagen die anderen und gebrauchen dabei das biblische Bild der Mauern von Jericho, die durch Posaunenklang einstürzten. Sie sagen: Wir sind nur ein wenig um die Stadt gezogen und haben geblasen, da fielen die Mauern schon ein. Nein, es war keine Revolution.“<sup>5</sup>

„Ob die Herbstrevolution eine Revolution war, hängt natürlich von der Definition Revolution ab. Verstehen wir unter einer Revolution das Ende einer Herrschaft mitsamt seiner Legitimation, und zwar von innen und von unten, dann war es eine. Wird verlangt, dass außerdem Blut geflossen sein muss, war es keine. Aber die Oktoberrevolution, der Sturm auf das Winterpalais, verlief auch unblutig. ... Blut floss erst, und zwar massenhaft, weil danach ein Bürgerkrieg ausbrach.“<sup>6</sup>

Zu den vielfältigen Umschreibungen des Umbruchs von 1989 gehört der wohl am häufigsten benutzte Begriff „Wende“. Im populären Sprachgebrauch stellt er eine Untertreibung der Geschehnisse des Herbstes 1989 dar. Das von Egon Krenz programmatisch gebrauchte Etikett suggeriert eher einen Richtungswechsel beim Segeln, wie Christa Wolf am 4. November 1989 bissig bemerkte, bei Beibehaltung des gleichen Steuermannes, um gegen den Wind anzukommen, aber keinen grundlegenden Umbruch. Richard Schröder bemerkt dazu streitbar: „Ich finde, es ist ein Skandal und eine Geschichtsfälschung, dass diese dramatischen Ereignisse, die Zivilcourage und Besonnenheit der ostdeutschen Demonstranten nur noch ‚Wende‘ genannt werden. Als Egon Krenz Honecker ablöste, hat er in seiner Fernsehansprache das Wort ‚Wende‘ geprägt. Die Wende von Honecker zu Krenz war in der Tat keine Revolution, sie war aber auch keine Lösung. Deshalb wurde ja auch weiter demonstriert und Krenz musste auch bald zurücktreten.“<sup>7</sup>

Fasst man zusammen, dann kann formuliert werden: Bei der Ausprägung und Durchsetzung dieser Begriffe und Losungen im Herbst 1989 handelt es sich um ein gegenseitig beeinflussendes ost-westdeutsches Beziehungsgeflecht sehr unterschiedlicher Akteure und Medien, die man auf den ersten Blick kaum zusammenbringen würde.<sup>8</sup>

Die genannten Begriffe sind natürlich mehr als nur Wortfindungen für ein Ereignis. Um die Deutlichkeit mancher Begriffe wird nämlich leidenschaftlich gerungen oder gestritten, und aus dem Gebrauch mancher Worte schlussfolgert man auf die politische Gesinnung des jeweiligen Nutzers in Ost oder West. Natürlich kann man die epochalen Ereignisse von 1989 auch anders, weniger politisch oder ideologisch definieren. Im Anschluss an Wolfgang Templin

---

<sup>5</sup> Gerhard Rein, Von Görlitz aus DDR-Kirche: Verfälschte Erinnerung an die Wende, in: <http://zeitzeichen.net/archiv/religion-kirche-theologie/ddr-kirche>, 7.7.2014.

<sup>6</sup> Richard Schröder, Zwanzig Jahre Herbstrevolution Vortrag in Halle, 26.10. 2009 (Manuskript), 12, hier 3.

<sup>7</sup> Richard Schröder, Zwanzig Jahre Herbstrevolution Vortrag in Halle, 26.10. 2009 (Manuskript), 12, hier 2.

<sup>8</sup> Bernd Lindner, Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ 66, 24-26 (10. Juni 2014), 33-39, hier 39.

könnte man die Ereignisse von 1989 und 1990 auch als „europäische Befreiungsrevolution“<sup>9</sup> bezeichnen. Dann käme wohl am treffendsten zum Ausdruck, was gefeiert wird: eine von Menschen erreichte neue gesellschaftliche und politische Freiheit für alle Menschen in Europa.

Daher ist es auch egal, so meine Überzeugung, wie man die Ereignisse des Herbstes 1989 bezeichnet. Dann stünde bei allem Gedenken, jeder Erinnerung und jeder Benennung die bleibende Dankbarkeit für dieses „Wunder“ eines friedlichen und gewaltfreien politischen und gesellschaftlichen Umbruchs im Vordergrund. Für mich gehören die Jahre 1989/1990 deshalb zu den wichtigsten Ereignissen in der deutschen Geschichte.

Zurecht feiern frühere Bürgerbewegungen und die Kirchen ihre Protagonisten der „Wendeereignisse“. Dennoch ist ein eigenartiges Konkurrieren um Macht- und Führungspositionen bei damaligen Demonstrationen und Friedensgebeten in Städten, Gemeinden, Kirchen und bei Personen auszumachen. Einzelne Städte, aber auch Personen nehmen für sich in Anspruch, die ersten gewesen zu sein, die den gesellschaftlichen und politischen Umbruch initiiert haben. Mit wenigen Ausnahmen wird nur das Geschehen in den „Zentren“ der „Wende“ 1989/1990 (Berlin, Dresden, Leipzig) detailliert dokumentiert und untersucht. Selbstverständlich könnte bei diesem „Wettbewerb“ auch Erfurt mithalten. Die ersten ökumenischen Friedensgebete in der DDR fanden 1978 in Erfurt statt, und die erste Stasizentrale wurde am 4. Dezember 1989 in Erfurt besetzt.

Zu erinnern ist jedoch daran, dass der Umbruch 1989/1990 ein dezentrales Geschehen gewesen ist, das bis in kleinste Orte hinein seine Auswirkungen gehabt hat. Oft waren dabei die Kirchen- und Gemeinderäume aller Konfessionen der Ausgangspunkt für Demonstrationen, Organisations- und Parteigründungen und letztlich für die Übernahme der örtlichen staatlichen und politischen Institutionen: der Rathäuser, Parteizentralen sowie der Staatssicherheit. Die Rolle der Kirchen bei den Ereignissen von 1989 werde überschätzt, las ich vor einiger Zeit in einem Lexikon.<sup>10</sup> Nun muss das ja nicht völlig falsch sein, wenn man an bestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklungen denkt. Eines sollte aber, um der Wahrheit willen, nicht in Zweifel gezogen werden: die Bedeutung der Ökumenischen Versammlung für die friedliche Revolution von 1989. Die Texte wurden in den Parteiprogrammen der SPD, des

---

<sup>9</sup> Wolfgang Templin, Es begann mit Solidarnosc. Der Umsturz von 1989 war eine europäische Revolution, in: Thomas Brose (Hg.), Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009, 15-18, hier 18.

<sup>10</sup> Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949-1990, Köln-Weimar-Wien <sup>3</sup>2013, 621: „Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes erschien die politische Rolle insbesondere der evangelischen Kirchen in vierzig Jahren DDR in der öffentlichen Meinung in mildem, teilweise sogar heroischem Licht. Doch der Beitrag der Kirchen zur 'Wende' wurde (und wird) weithin überschätzt, bis hin zu der These, der Umbruch sei eine 'protestantische Revolution' gewesen.“

„Demokratischen Aufbruch“ und des „Neues Forum“ aufgenommen<sup>11</sup>, einige nutzten sie als „Öffentlichkeit für politische Gruppierungen außerhalb der Kirche“<sup>12</sup>, andere hoben das „Drängen auf gesellschaftliche Veränderung und Umgestaltung“<sup>13</sup> als Besonderheit der Versammlung hervor. In den Textes dieser Kirchenversammlung von 1989 heißt es z.B.: „Das Evangelium zeigt uns den Weg Jesu als Weg der Liebe, für den die Gewaltfreiheit ein entscheidendes Kennzeichen ist. Sein Weg führt ihn gerade auch deshalb ans Kreuz, weil er gegenüber seinen Gegnern darauf verzichtet, seine Botschaft mit einem göttlichen Machterweis durchzusetzen. Wer im Vertrauen auf diesen Weg in unserer Welt auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, bezeugt damit den unter uns schon gegenwärtigen Frieden Gottes in der Welt, in der das Unrecht noch nicht überwunden ist. Er handelt im Vorgriff auf das verheißene Friedensreich Gottes.“<sup>14</sup> Die Erkenntnis, dass die „Gewaltfreiheit“ des „Herbstes 1989“ vor allem ihre Ursache in der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat, ist evident.

Der Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 wird als das Ereignis dargestellt, das den Zusammenbruch des Kommunismus erst ermöglicht hat. Das ist richtig: am 9. November fiel die Mauer – unerwartet. Und damit eröffnete sich erst die Perspektive auf die deutsche Einheit. Aber das hatte eine Vorgeschichte, für die steht symbolisch der 9. Oktober 1989.<sup>15</sup>

Der „Ruf aus Leipzig“ war der entscheidende Schritt hin zur Einheit Deutschlands.<sup>16</sup> Seit Mitte der 80er Jahre hatten zwei Pfarrer aus Leipzig montags zu Friedensgebeten in die Nikolaikirche eingeladen. Im September 1989 versammelten sich die Kirchgänger anschließend zur Montagsdemonstration. Die entscheidende war die vom 9. Oktober. Christian Führer, der vor wenigen Tagen verstorbene Pfarrer der evangelischen Nikolaikirche, erinnerte sich. Der 9. Oktober ist ein Tag, der Europa veränderte: „Ja, das ist ein Tag, den ich tatsächlich auch nie vergessen werden kann. Herangekommen ist dieser Tag durch eine große Gewalt- und Verhaftungswelle am 7. Oktober, dem letzten DDR-Feiertag zum 40. Jahrestag.“

Der 9. Oktober war zunächst geprägt von Spannung und Angst, erzählt Führer, die Stadt lag

---

<sup>11</sup> Vgl. Konrad Feiereis, Weltanschauliche Strukturen in der DDR und die Folgen für die Existenz der katholischen Christen, in: Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VI/1: Kirchen in der SED-Diktatur, Frankfurt/M 1995, 583- 614, hier: 611.

<sup>12</sup> Vgl. Karl-Heinz Ducke, Die Balance nach der Wende – der „Runde Tisch“ in: F. – G. Friemel, „... wie die Träumenden“. Katholische Theologen zur gesellschaftlichen Wende, Leipzig 1990, 79-90.

<sup>13</sup> Vgl. Christoph Ziemer, Der konziliare Prozeß in der Farben der DDR, in: Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VI/2: Kirchen in der SED-Diktatur, Frankfurt/M 1995, 1430-1635, hier 1480.

<sup>14</sup> <http://www.infozentrum-dresden.de/site/downloads/Broschre1.pdf>, 10.7. 2014.

<sup>15</sup> Richard Schröder, Zwanzig Jahre Herbstrevolution Vortrag in Halle, 26.10. 2009 (Manuskript), 12, hier 1.

<sup>16</sup> Vgl. zum Folgenden:

[5](http://de.radiovaticana.va/storico/2009/11/09/20_jahre_fall_der_mauer:_%E2%80%9Ehaltet_dieses_tor_ge%C3%B6ffnet!%E2%80%9C/te; letzter Zugriff: 9.7.2014.</a></p></div><div data-bbox=)

wie im Bürgerkrieg, durch anonyme Anrufe hatte er erfahren, dass tausend SED-Genossen für den Abend in die Kirche beordert waren. Der Pfarrer Führer hatte die anderen Innenstadtkirchen gebeten, gleichzeitig Friedensgebet zu halten, „damit wir so viel Menschen wie möglich in den Schutz der Kirchen bekommen, und dass sie die Botschaft Jesu der Gewaltlosigkeit hören und mit auf die Straße nehmen“. Etwa 8.000 Menschen waren in die Kirchen gekommen, auf den Straßen warteten rund 70.000.

„Als wir die Tür öffneten, war der Platz voller Menschen mit Kerzen in der Hand. Und wenn Sie draußen eine Kerze in der Hand haben, dann brauchen Sie ja beide Hände, sonst verlöscht sie. Sie können nicht noch einen Knüppel oder einen Stein mitbringen. Option Kerze heißt Option Gewaltlosigkeit.“

„Und dann“, so Führer weiter, „ist geschehen, was niemand für möglich hielt: Wir hatten mit der chinesischen Lösung gerechnet wie zuvor am 4. Juni in Peking, und jetzt kam etwas ganz anderes. Was mich immer wieder beeindruckt: „Die Menschen haben die Bergpredigt von Jesus in zwei Worte gebracht: keine Gewalt.“ „Wir sind das Volk“ wurde nicht nur gerufen, sondern praktiziert, sagte der damalige Pfarrer der Nikolaikirche. Die Folgen nennt er „einmalig in unserer deutschen Geschichte: eine friedliche Revolution, die erste, die uns gelungen ist, aus den Kirchen heraus gewachsen, auf den Straßen realisiert“.

Dass Menschen, die „in zeitweilig militant-atheistischen Weltanschauungsdiktaturen gelebt haben“ und im Geist erzogen wurden, dass Gewaltlosigkeit nichts als „gefährliche Illusion“ sei, „plötzlich die Bergpredigt eins zu eins auf der Straße umsetzen und nicht zurückschlagen ... das ist wirklich ein Wunder biblischen Ausmaßes“.

## **2. Freiheit und Verantwortung**

Was ist aus den zahlreichen Optionen des Herbstes 1989 geworden? Der Erfurter Bischof Dr. Joachim Wanke hatte im September 1989 Forderungen formuliert, was sich in der DDR ändern müsse.<sup>17</sup> Heute – 25 Jahre nach dem Interview – möchte ich noch einmal an die damals eingeklagten Veränderungen und ihre Realisierung erinnern. Sie können zum einen dazu dienen, die Transformationsprozesse seit 1989 erneut ins Bewusstsein zu rufen und zum anderen zeigen, was aus den damaligen Postulaten geworden ist.

---

<sup>17</sup> Bischof Dr. Joachim Wanke, Stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, Stellungnahme zu aktuellen Fragen. Interview mit Dieter Grande, 12. 9. 1989; vgl. FKZE, BBK Pressestelle, 22.9.1989; zur Entstehung vgl. Martin Höllen, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten Bd. 3/2 (1977 bis 1990), 253f.

**1. Die Schule sollte das grundlegende Erziehungsrecht der Eltern anerkennen und sich von verpflichtenden ideologischen Vorgaben im Bildungs- und Erziehungsprogramm freimachen.**

Alle Bürger der DDR sollten zum vom Staat verordneten Welt- und Menschenbild des Marxismus-Leninismus überzeugt werden. Dazu schien es notwendig, die Menschen einem nahezu lückenlosen Indoktrinationssystem auszusetzen. Vom Kindergarten über die Schulen, die sozialistischen Jugend- und Massenorganisationen, den Brigaden und Kollektiven im Betrieb bis hin zum Altersheim sollte das Volk mit der kommunistischen Weltanschauung in Berührung kommen und nachhaltig beeinflusst werden. Gerade dem Kindergarten und der Schule kam in diesem Plan eine maßgebliche Bedeutung zu, da hier der Grundstein zur Formung eines neuen, sozialistischen Menschentyps gelegt werden sollte.

Der alles beherrschende Akzent der Familien-Gesetzgebung der DDR lag daher auf der Pflicht der Eltern, ihr Kind zum Sozialismus zu erziehen, zur „sozialistischen Persönlichkeit“.<sup>18</sup> Das Erziehungsrecht der Eltern wurde durch die Schule massiv eingeschränkt. In die Verfassung von 1968 wurde sogar das bis dahin garantierte Recht auf religiöse Unterweisung und Erziehung der Kinder nicht mehr aufgenommen. Die Grundrechte im religiösen Bereich erfuhren erhebliche Beschränkung.<sup>19</sup> Nicht der Staat ist der Erst-Erzieher der Kinder, sondern die Eltern, die ihnen das Leben geschenkt haben.

Im Bildungs- und besonders im Schulsystem kam es seit Anfang der 1990er Jahre zu einem entscheidenden Abbau der politischen und ideologischen Indoktrination. Struktur und Organisation des uniformen SED-Schulwesens wurden besonders auch durch die Entideologisierung des Unterrichts sowie die Abschaffung des Wehrunterrichts liberalisiert. Von einer ideologischen Durchdringung der Schulen ist man heute meilenweit entfernt.

Als befreiend können heute die Vielfalt der Lernangebote und der offeneren und vertrauensvollere Umgang von Lehrern und Schülern angesehen werden.

**2. Junge Christen sollten – auch wenn sie ihrem Gewissen folgen und im Wehrbereich einen Ersatzdienst leisten wollen – später keine Nachteile in Bildung und Beruf erhalten. Eine Chancengleichheit muss angestrebt werden.**

Eine legitime Wehrdienstverweigerung kannte die DDR bis 1989 nicht. Der Armee konnte man sich nicht entziehen; eine Art „Ersatz“ war es, als Bausoldat seinen Dienst abzuleisten. Aber auch die Bausoldaten waren in das reguläre Armeesystem der DDR eingebunden. Rein

---

<sup>18</sup> Vgl. Friedrich W. Busch: Familienerziehung in der sozialistischen Pädagogik der DDR (Schule in der Gesellschaft), Düsseldorf 1972, 109-116.

<sup>19</sup> Vgl. Friedrich W. Busch: Familienerziehung in der sozialistischen Pädagogik der DDR (Schule in der Gesellschaft), Düsseldorf 1972, 111.

äußerlich unterschieden sich die Bautruppen von den anderen Soldaten nur durch einen goldenen Spaten auf den Schulterklappen der Uniform. Die „Spatensoldaten“ halfen vor allem beim Ausbau militärischer Anlagen. In den 1980er-Jahren wurden sie auch in Betrieben eingesetzt, um die marode DDR-Wirtschaft anzuschieben. Erst kurz vor der Wiedervereinigung gelang es der Regierung der DDR, einen „Zivildienst“ einzurichten. Nun konnten auch junge Menschen aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigern und dennoch zum Wohle des Staates handeln.

Wer nicht Mitglied in der FDJ war, hatte vor allem Nachteil zu erdulden, wenn es um das Abitur oder den Studienplatz ging. Die Verweigerer wurden als Außenseiter abgestempelt, ebenso bei der Verweigerung der Wehrerziehung oder der Jugendweihe.

Die Werbung für die Jugendweihe wurde von Seiten des Staates massiv betrieben. Auf Lehrer und Eltern übte man zunehmend mehr Druck aus. Besonders die „Verweigerer“ wurden – obwohl stets der Charakter der Freiwilligkeit der Jugendweihe betont wurde – schwer bedrängt. Im wiedervereinigten Deutschland werden Menschen aufgrund ihrer Gewissensentscheidung nicht mehr benachteiligt. Aufgrund des Art. 4, Abs. 3 des Grundgesetzes besteht ein Recht auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Auch die Zugehörigkeit zu einer Massenorganisation ist keine Voraussetzung mehr für eine spätere Karriere.

### **3. Berufliche Karriere soll sich weitgehend an Befähigung und Einsatz festmachen und nicht an der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation.**

Eine berufliche Karriere war ohne die Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen oder Partei nur schwer möglich. Schon in der Schule sollten möglichst alle Kinder der Pionier- oder FDJ-Organisation angehören. Da die Mitgliedschaft Voraussetzung für den Zugang zur Erweiterten Oberschule (EOS) und zum Studium war, konnte ein Ausschluss aus den Massenorganisationen die spätere berufliche Laufbahn gefährden.

Seit der „Wende“ ist nicht mehr das SED-Parteibuch oder die Zugehörigkeit zu einer Organisation entscheidend für einen beruflichen Aufstieg.

### **4. Eigenständige Mitarbeit in Gesellschaft und Staat aus christlicher Verantwortung muss auch dann willkommen sein, wenn manches in konstruktiver Kritik hinterfragt wird.**

Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit waren einerseits formal gestattet, andererseits konnte der Staat mit dem Argument, den Sozialismus zu schützen, eingreifen, um diese einzuschränken oder zu unterbinden. Diese Aufgabe übernahm meist das MfS.



Für Publikationen hieß das: Obwohl es offiziell in der DDR keine „Zensur“ gab, konnte faktisch kein einziger Satz ohne staatliche Genehmigung an die Leser gelangen. Praktisch bedeutete dies, dass nichts gedruckt werden konnte, was nicht zuvor von systemkonformen Mitarbeitern der „Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel“ im Ministerium für Kultur begutachtet wurde oder was den ideologischen und politischen Zielen der SED und des Staates widersprach.<sup>20</sup>

Zu den schärfsten Repressionen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit zählen auch die strafrechtliche Verfolgung und die Freiheitsstrafe. Die Unschärfe und die willkürliche Auslegung der Gesetze, die durch keine unabhängige Instanz kontrolliert wurden, erlaubten den Machthabern der DDR eine weitreichende politische Verfolgung, vor allem die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Eine Gewaltenteilung oder eine unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit gab es in der DDR nicht.

Heute wird die Redefreiheit als subjektives Recht auf freie Rede sowie freie Äußerung und (öffentliche) Verbreitung einer Meinung in Wort, Schrift und Bild im Grundgesetz geregelt. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt. Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend.

##### **5. Christliche (Katholische) Kindergärten sollten eröffnet werden, wo sie nötig sind und von der Gemeinde gefördert werden.**

Die Kirchen in der DDR, die sich auf Grund der „unüberbrückbaren weltanschaulichen Differenz“<sup>21</sup> in Konfrontation zum Staat befanden, waren unentwegt atheistischer Propaganda ausgesetzt. Massive Einschränkungen der Seelsorge und Caritas sowie deren staatliche Überwachung und die Monopolisierung des staatlichen Erziehungswesens wurden Mittel staatlicher Kirchenpolitik. Bestehende katholische Kindergärten durften während der DDR-Zeit weiter betrieben werden – so bspw. im Eichsfeld – aber keine neuen eröffnet werden. Der vorrangig auf Ordnung, Disziplin und Anpassung orientierten Erziehung in den staatlichen Kindergärten<sup>22</sup> konnte keine kirchliche Einrichtung bzw. christliche Erziehungsziele entgegengesetzt werden.

---

<sup>20</sup> Vgl. Peter Kokschal, Veröffentlichungen unter staatlicher Zensur, in: Theologisches Jahrbuch 1991, Leipzig 1992, 16-22.

<sup>21</sup> Rolf Schumacher, Kirche und sozialistische Welt: Eine Untersuchung zur Frage der Rezeption von „Gaudium et spes“ durch die Pastoralynode der katholischen Kirche in der DDR (Erfurter Theologische Studien, Bd. 76) Leipzig 1998, 17.

<sup>22</sup> Vgl. Gisela Helweg: Familienerziehung und Jugendhilfe in der DDR, in: Deutschland-Archiv 16 (1983), 279-283, hier 283.

Um religiöse Bildung und Erziehung zu ermöglichen, konnten seit der Wiedervereinigung Kindergärten und Schulen freier Träger gegründet werden. Neue christliche Schulen befinden sich überall in den neuen Ländern.<sup>23</sup> Sie haben einen Zulauf, der weit über den Anteil der christlichen Bevölkerung hinausgeht. Darin spiegelt sich u.a. auch die große Erwartung an die Kirchen wider.

## **6. Mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Gesellschaft; die Überwindung von Miss- trauen und Gängelerei**

In der DDR – und in allen kommunistisch regierten Staaten - gab es so etwas wie eine „zweifache Gesellschaft“. Das eine war die atheistische, offizielle Gesellschaft, in der man seine wahre Meinung nicht preisgab, in der man die offizielle Staatsdoktrin nachahmte und kundgab. Die zweite Gesellschaft war eine private, in der man seine Meinung sagen konnte, in die man sich zurückzog. Man könnte auch sagen, es gab zwei Wahrheiten: eine für zuhause und eine für draußen. Auf diese Weise wurden viele DDR-Bürger zur Unwahrhaftigkeit erzogen. Gerade diese Situation wurde für Viele immer unerträglicher und wesentlicher Motivationsfaktor für einen oppositionellen oder politischen Einsatz gegen das politische System am Ende der DDR. Für Lothar de Maizière war dieses Phänomen derart gravierend, dass er sein Motiv, in die Politik zu gehen, zum Titel seiner Autobiographie machte: „Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen“!<sup>24</sup>

Man vermisste im totalitären System die ehrliche Meinung und die Offenheit im Umgang miteinander. Man wusste nie genau, ob man seinem Gegenüber seine wirkliche Meinung sagen konnte, oder besser nicht. Man schimpfte über die marode Wirtschaft, die zerfallenen Städte, die unbefriedigenden Konsummöglichkeiten; Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und demokratische Wahlen existierten nur in den Reden der Parteifunktionäre. Tagsüber las man die ermüdenden DDR-Zeitungen, abends flüchtete man sich in das Westfernsehen.

Rainer Eppelmann formulierte es so: „In einer Diktatur kann man sich nicht auf den Marktplatz stellen und laut die Dummheit der Diktatoren verkünden, denn man muss schließlich in ihr leben. So stimmte die große, schweigende Mehrheit dem Führungsanspruch der SED zu.“<sup>25</sup>

Immer deutlicher aber trat hervor, daß die DDR nicht nur ein Überwachungs- und Polizeistaat war, sondern auch eine Mangelwirtschaft mit verdeckter Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Woh-

---

<sup>23</sup> Vgl. Klemens Richter, Die katholische Kirche in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv 24 (1991), 564-570, hier 566.

<sup>24</sup> Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg im Breisgau <sup>2</sup>2010. Die Erläuterung zum Titel auf S. 8f.

<sup>25</sup> Vgl. Rainer Eppelmann: Es war eine Selbstbefreiung, in: Arnd Brummer (Hg.): Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen, Frankfurt am Main 2009, S. 8-21, hier 17.

nungsdefizit, Verschwendung von Ressourcen, Mehrfachbelastung der Frauen, sozialer Ungleichheit und Perpetuierung patriarchalischer Strukturen.<sup>26</sup> Die Überschaubarkeit der individuellen Lebensplanung war gängelnder staatlicher Planung geschuldet, Andersdenkende wurden ausgegrenzt. Liberale Grundrechte und freie Artikulation und Organisation der Interessen, wie sie heute selbstverständlich sind, waren damals 1989 unerfüllte Forderungen.

Die sechs Postulate sind, rein formal betrachtet, heute erfüllt. Jedenfalls wird niemand mehr wegen seiner religiösen oder politischen Gesinnung oder Parteizugehörigkeit diskriminiert. Dennoch sind natürlich auch heute noch Defizite auszumachen wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Wohnungsdefizite und soziale Ungleichheit. Diese gesellschaftlichen Probleme öffentlich benennen, kritisieren und ihre Abstellung fordern zu können und dabei keine Zwangsmaßnahmen des Staates fürchten zu müssen ist eine Errungenschaft der friedlichen Revolution und gehört vielleicht gerade deshalb zu einer Festveranstaltung, die an das Jahr 1989 erinnert.

## **Resümee**

Mir liegt es fern, die Rolle der DDR-Bürger und der Christen beim Zusammenbruch des Ostblocks zu marginalisieren oder den Mut der Menschen und ihren Ruf nach Freiheit gering zu achten. Im Gegenteil: erst durch eine Art Selbstbefreiung vor allem durch die Zivilcourage der Oppositionsgruppen, wurde die Freiheit möglich. Dennoch sei die Frage erlaubt, ob nicht auch Entwicklungen in einigen Ländern Ostmitteleuropas zu den Katalysatoren jener Ereignisse des Herbstes 1989 gehörten, sodass der Mauerfall möglich wurde.

Mit Wolfgang Thierse kann man festhalten: das „friedliche Dahinscheiden“ der DDR hat viele Anlässe, Ursachen und Bedingungen.<sup>27</sup> Erinnert sei an Michail Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika, die, auch wenn als Rückzugsgefecht des Kommunismus zu interpretieren, erheblich zum Zusammenbruch beitrugen. Zu denken ist an Ungarn und die Öffnung der Grenzen, an die damalige Tschechoslowakei und nicht zuletzt an Polen. Mit der Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc 1980 entstand die erste erfolgreiche Volksbewegung gegen den Kommunismus.<sup>28</sup> Nicht zuletzt spielten das ökonomische Desaster der SED-Politik, und die Handlungsfähigkeit westlicher Politiker eine Rolle.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Günther Schulz, Versorgungsdiktatur, in: FAZ 196 (24.8.2004) 6.

<sup>27</sup> Wolfgang Thierse, 20 Jahre friedliche Revolution – Erinnerungen, in: Arnd Brummer (Hg.): Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen, Frankfurt am Main 2009, S. 210-218, hier 211.

<sup>28</sup> Vgl. Hans Maier, Revolte der Gottesfürchtigen. Warum die erste erfolgreiche Volksbewegung gegen den Kommunismus in Polen entstand, in: Thomas Brose (Hg.), Glaube Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009, 19-21, hier 19.

<sup>29</sup> Wolfgang Thierse, 20 Jahre friedliche Revolution – Erinnerungen, in: Arnd Brummer (Hg.): Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen, Frankfurt am Main 2009, S. 210-218, hier 211.

Nicht zu vergessen ist ein Ereignis, das eine unvorstellbare Dynamik auslöste: die Wahl Karl Wojtylas zum Papst 1978. Lech Walesa drückt es in seiner drastischen Sprache so aus: „Nach zwanzig Jahren hatte ich zehn Leute, die mit mir durch dick und dünn gingen. Ich hätte weitere zwanzig Jahre gebraucht, um noch einmal zehn zu finden. Aber dann kam der Papst, und aus den zehn Leuten wurden zehn Millionen.“<sup>30</sup> Papst Wojtyla bewies bei seiner ersten Polenreise 1979 Weitblick; er glaubte daran, dass „eine neue Erde“ möglich war. Vor dem Brandenburger Tor 1996 bewies sich diese Zuversicht. Doch seine Worte bleiben Mahnung, auch 25 Jahre nach dem Mauerfall.<sup>31</sup>

„Freiheit bedeutet nicht das Recht zur Beliebigkeit. Freiheit ist kein Freibrief! ... Die Idee der Freiheit kann nur da in Lebenswirklichkeit umgesetzt werden, wo Menschen gemeinsam von ihr überzeugt und durchdrungen sind – in dem Wissen um die Einmaligkeit und Würde des Menschen und um seine Verantwortung vor Gott und den Menschen. Da – und nur da –, wo sie zusammen für die Freiheit eintreten und in Solidarität für sie kämpfen, wird sie errungen und bleibt sie erhalten. ... Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa braucht dazu den unentbehrlichen Beitrag der Christen. Den Berlinern und allen Deutschen, denen ich dankbar bin für die friedliche Revolution des Geistes, die zur Öffnung dieses Brandenburger Tores führte, rufe ich zu: Löscht den Geist nicht aus! Haltet dieses Tor geöffnet für euch und alle Menschen! ... Der Mensch ist zur Freiheit berufen.“<sup>32</sup>

Die Überwindung der Trennung unseres Volkes (mit Zustimmung unserer Nachbarn) und die Möglichkeit einer neuen gesellschaftlichen und politischen Freiheit sind auch fünfundzwanzig Jahre nach dem Mauerfall ein Geschenk. Erst durch die gewonnene Freiheit wurde die Einheit möglich, und nicht umgekehrt.<sup>33</sup> Unter dieser Perspektive wäre dann wohl der angemessenste Titel des Jubiläums: „Fünfundzwanzig Jahre Befreiungsrevolution“.

---

<sup>30</sup> Zitiert nach Hans Maier, Revolte der Gottesfürchtigen. Warum die erste erfolgreiche Volksbewegung gegen den Kommunismus in Polen entstand, in: Thomas Brose (Hg.), Glaube Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009, 19-21, hier 20.

<sup>31</sup> Vgl. zum Folgenden:

[http://de.radiovaticana.va/storico/2009/11/09/20\\_jahre\\_fall\\_der\\_mauer:\\_%E2%80%9Ehaltet\\_dieses\\_tor\\_ge%C3%B6ffnet!%E2%80%9C/ed](http://de.radiovaticana.va/storico/2009/11/09/20_jahre_fall_der_mauer:_%E2%80%9Ehaltet_dieses_tor_ge%C3%B6ffnet!%E2%80%9C/ed); letzter Zugriff: 9.7.2014.

<sup>32</sup>

[http://de.radiovaticana.va/storico/2009/11/09/20\\_jahre\\_fall\\_der\\_mauer:\\_%E2%80%9Ehaltet\\_dieses\\_tor\\_ge%C3%B6ffnet!%E2%80%9C/ed](http://de.radiovaticana.va/storico/2009/11/09/20_jahre_fall_der_mauer:_%E2%80%9Ehaltet_dieses_tor_ge%C3%B6ffnet!%E2%80%9C/ed); letzter Zugriff: 9.7.2014.

<sup>33</sup> Richard Schröder, Zwanzig Jahre Herbstrevolution Vortrag in Halle, 26.10. 2009 (Manuskript), 12, hier 1.